

Lohnforderungen für 2027

Kaufkraft stärken – Arbeitnehmende angemessen an Gewinn beteiligen

Auch wir von der Gewerkschaft Syna stellen fest: Die deutliche Erholung der Reallöhne im Jahr 2025 war nur von kurzer Dauer. Sie dürften dieses Jahr erneut stagnieren. Dies ist in Anbetracht der stetig steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere der stark steigenden Krankenkassenprämien und Mieten, und der deutlich wachsenden Produktivität besorgniserregend. Die Gewerkschaft steht hinter den Lohnforderungen von Travail.Suisse und hebt insbesondere die Initiative von Syna Jura hervor, welche konkrete Massnahmen vorsieht, um dem akuten Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken.

Yvonne Feri, Präsidentin Syna
Es gilt das gesprochene Wort.

Allgemein

Unsere Lohnforderungen für 2027 orientieren sich an der Situation in den einzelnen Branchen. Syna fordert generell, dass alle Arbeitnehmenden angemessen an der Wirtschaftsleistung beteiligt werden und ihre Leistung finanziell anerkannt wird. Entscheidend sind für uns die Entwicklung der Reallöhne in den letzten Jahren, die Zunahme der Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Lage der Unternehmen. In vielen Branchen haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren gute oder zumindest stabile Ergebnisse erzielt, während die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen mussten. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zu den höheren Löhnen, die stark angehoben wurden, fehlt eine entsprechende Entwicklung für einen Grossteil der Arbeitnehmenden. Diese Entwicklung muss korrigiert werden.

Forderungen in ausgewählten Branchen

Gesundheitswesen: Lohnerhöhung von 5-6 Prozent

Im Gesundheitswesen fordern wir für 2027 eine Lohnerhöhung von 5 bis 6 Prozent. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben in den letzten Jahren enorme Leistungen erbracht. Gleichzeitig gehört die Lohnentwicklung im Gesundheitswesen zu den schwächsten. Viele Arbeitgebende haben Lohnverbesserungen mit dem Hinweis zurückgestellt, dass die Umsetzung der Pflegeinitiative zusätzliche Kosten verursachen werde. Heute zeigt sich: Die Pflegeinitiative wird nicht umgesetzt, die in diesem Zusammenhang befürchteten Mehrkosten sind vielerorts ausgeblieben. Das Argument, wonach deshalb kein Spielraum für bessere Löhne vorhanden sei, zieht nicht mehr. Besonders stossend ist, dass der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen nach wie vor akut ist, sich dies aber kaum in den Löhnen widerspiegelt. Wer qualifiziertes Personal gewinnen und halten will, muss endlich bereit sein, bessere Löhne zu bezahlen.

Gesundheitswesen: Die Initiative von Syna Jura

Die Initiative von Syna Jura fordert vom Kanton Jura ein jährliches Finanzierungsprogramm von 16 Millionen Franken, um dem akuten Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken, die

Stellenbestände auszubauen und die Löhne um 4 Prozent zu erhöhen. Zudem soll eine paritätisch besetzte Kommission aus Staat, Gesundheitseinrichtungen und Gewerkschaften die Verwendung der Mittel überwachen und sicherstellen, dass die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich nachhaltig verbessert werden.

Wer gute Gesundheitsversorgung will, muss bereit sein, die Arbeit der Beschäftigten angemessen zu entlönnen.

Sollten die Spitäler erneut argumentieren, die Kantone würden nicht genügend Mittel bereitstellen, sind wir bereit, Instrumente wie die kantonale Initiative für das Pflegepersonal, die wir im Kanton Jura lanciert haben, auch in anderen Teilen der Schweiz zu lancieren und klare Forderungen zu stellen.

Industrie: Lohnerhöhung von 2 Prozent

Für die Industrie fordern wir eine Lohnerhöhung von 2 Prozent. Unsere Forderung ist bewusst moderat. Im vergangenen Jahr wurden angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten keine generellen Lohnerhöhungen verlangt. Viele Unternehmen haben von dieser Zurückhaltung profitiert. Nun ist es Zeit, dass ein Teil dieser Zurückhaltung an die Beschäftigten zurückgegeben wird.

Ja, Risiken bestehen weiterhin. Die internationalen Handelskonflikte, Zollfragen und die unsichere weltwirtschaftliche Lage beschäftigen die Branche nach wie vor. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen im Vergleich zum Vorjahr stabilisiert. Deshalb ist eine Lohnerhöhung von 2 Prozent angemessen und verantwortungsvoll.

Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe stellen wir dieses Jahr keine zusätzliche Lohnforderung. Der Grund dafür ist einfach: Im Landesmantelvertrag wurde ein Lohnerhöhungsautomatismus vereinbart. Die Löhne werden jährlich mindestens an die Teuerung angepasst. Diese Regelung ist für die nächsten fünf Jahre festgeschrieben.

Das ist ein Erfolg der Sozialpartnerschaft und ein wichtiges Instrument zum Schutz der Kaufkraft. Die Arbeitnehmenden im Bauhauptgewerbe erhalten ihren Teuerungsausgleich nicht aufgrund eines jährlichen Verhandlungskampfs, sondern weil dieser Anspruch vertraglich gesichert wurde.

Gastgewerbe: Deutliche Erhöhung der Mindestlöhne nötig

Im Gastgewerbe steht für uns die Forderung nach einer substanziellen Erhöhung der Mindestlöhne im GAV im Zentrum. Die Lohnentwicklung im Gastgewerbe ist seit Jahren die schlechteste über alle Branchen hinweg. Gleichzeitig leidet die Branche unter Rekrutierungsproblemen und einer hohen Fluktuation. Viele Beschäftigte können von ihrem Lohn kaum leben. Aktuell laufen die Vertragsverhandlungen. Uns ist bewusst, dass die Löhne erheblichen Nachholbedarf haben. Genau deshalb setzen wir uns in diesen Verhandlungen mit Nachdruck dafür ein, dass die Mindestlöhne deutlich angehoben werden.

Detailhandel: Lohnerhöhung von 2 Prozent

Für den Detailhandel fordern wir eine Lohnerhöhung von 2 Prozent. Die Beschäftigten haben in den vergangenen Jahren erhebliche Reallohnverluste erlitten. Die Lohnentwicklung ist schwach, während die Arbeitsbedingungen vielerorts kontinuierlich verschlechtert werden. Der

Druck nimmt zu, die Forderungen nach Sonntagsarbeit werden lauter, und Untersuchungen zeigen, dass etwa die Hälfte der Beschäftigten unter Erschöpfung leidet.

Hinzu kommt, dass es im Detailhandel weiterhin keinen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag (AVE-GAV) gibt. Ein solcher AVE-GAV bleibt deshalb ein wichtiges Ziel unserer Gewerkschaftsarbeit.

Gleichzeitig zeigt der Detailhandel auch, dass Sozialpartnerschaft funktionieren kann. Dort, wo Unternehmen bereit sind, mit den Gewerkschaften konstruktiv zusammenzuarbeiten und regelmässig gute Lohnerhöhungen gewährt haben, sind wir bereit unsere Forderungen tiefer anzusetzen. Kooperative Arbeitgeber verdienen Anerkennung – schlechte Lohnpolitik hingegen braucht Gegenwehr.

Erfolgreiche Sozialpartnerschaft verdient Anerkennung

Nicht überall stellen wir hohe Forderungen. Es gibt Branchen, die gezeigt haben, dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft den Beschäftigten und den Unternehmen nützt.

Gebäudehülle

Für die Branche Gebäudehülle fordern wir den Teuerungsausgleich plus 1 Prozent. Die Branche hat in den vergangenen Jahren regelmässig mindestens den vollständigen Teuerungsausgleich gewährt. Das verdient Anerkennung und zeigt, dass verantwortungsvolle Sozialpartnerschaft möglich ist.

Holzindustrie

Auch in der Holzindustrie fordern wir den Teuerungsausgleich plus 1 Prozent. Die Unternehmen haben in den letzten Jahren angemessene Lohnerhöhungen gewährt und damit zur Sicherung der Kaufkraft ihrer Beschäftigten beigetragen. Unsere Forderung baut auf dieser positiven Entwicklung auf.

Fazit/Schlussbotschaft

Unsere Lohnforderungen 2027 sind differenziert und orientieren sich an der Realität der einzelnen Branchen. Wo Beschäftigte über Jahre zurückgehalten wurden, fordern wir deutliche Verbesserungen. Wo gute Sozialpartnerschaft gelebt wird, anerkennen wir diese Leistungen. Die Beschäftigten haben auch im vergangenen Jahr viel geleistet. Unsere Lohnforderungen stellen sicher, dass Produktivitätsfortschritte und Unternehmenserfolge nicht ausschliesslich bei den Unternehmen und Aktionär/innen ankommen, sondern die Arbeitnehmenden fair am erwirtschafteten Wohlstand beteiligt werden. Wer Arbeitskräfte gewinnen und halten will, muss bessere Löhne bezahlen. Gute Arbeit verdient gute Löhne.

Weitere Auskünfte:

Yvonne Feri, Präsidentin Syna, yvonne.feri@syna.ch, 079 781 20 43

Nora Picchi, Vorsitzende der Geschäftsleitung und Leiterin Gewerkschaftspolitik, nora.picchi@syna.ch, 079 828 14 73
